

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.41 Uhr
Ende: 14.50 Uhr

1) Stand der Verhandlungen über Facilitymanagement

GR. **Schmalhardt** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schmalhardt**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich habe dich am 15. Februar 2007 hier gefragt, und das ist jetzt bereits mehr als 4 Monate her, ohne dass wir etwas gehört haben, wie weit die Verhandlungen über Facilitymanagement neu gediehen sind. Unserer Meinung nach ist das aber notwendig, dass der Gemeinderat bei so einem wichtigen Projekt zwischenzeitlich informiert wird.

Ich richte daher an dich, lieber Siegfried, die

Frage:

Wann kann der Gemeinderat mit einem Bericht über das Facility-Management rechnen, oder gibt es schon konkrete Vorschläge in dieser Angelegenheit? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, auch für die Frage, ich glaube, es ist nur gut und richtig, dass ich heute dem Gemeinderat auch wirklich mitteile, wie wir hier weiter vorgehen wollen. Ich habe einige, also zur Formulierung des Projektauftrages wurden im Vorfeld verschiedenste Varianten von den Ämtern ausgearbeitet, der Herr Magistratsdirektor war hier auch sehr bemüht, hier eine Lösung zu finden, dabei hat sich aber deutlich herauskristallisiert, dass ohne in die bestehenden Zuständigkeiten einzugreifen, weil es sind ja diese gesamten Bereiche auch politisch verteilt, eine

Lösung zur Zeit nicht möglich scheint. Deshalb wird das Projekt der nächsten Gemeinderatsperiode vorbehalten bleiben. Wir versuchen also Einsparungspotentiale in allen Abteilungen, auch in unseren stadt eigenen Töchtern und Gesellschafter zu leben, aber ein Zusammenführen sollte bei der Bildung der neuen Stadtregierung und bei der Verteilung der Kompetenzen dann ernsthaft angegangen werden.

GR. **Schmalhardt**: Die Zusatzfrage geht aus meiner Sicht dahingehend, ist die angedachte Gesamtausgliederung dieses Fragen- und Sachkomplexes an die GBG damit erledigt oder wird das weiterhin verfolgt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, wir sind sehr bemüht darum eine Lösung zu finden, die das Optimum darstellt. Es geht nicht um das Minimieren allein, es geht um das Optimieren und wir haben ja unsere Liegenschaften ausgegliedert, Geschäftsführer der GBG Weiß ist heute auch da, begrüße ihn ganz, ganz herzlich, wir haben Liegenschaften im städtischen Besitz, wir haben sie bei den Stadtwerken, wir haben Liegenschaften bei unserer GBG, es gibt unter Umständen auch noch durchaus andere Gebietskörperschaften, mit denen wir über dieses Thema reden könnten und im Moment ist es also kein Thema mehr. Jetzt arbeitet jeder in seinem Bereich, aber das bedeutet nicht, dass solche Dinge nicht irgendwann einmal auch ausgegliedert bei einer Gesellschaft landen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

2.) Energiebuchhaltung

GRin. **Jahn** stellt an Bgm.-Stv. Ferk folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Meine Frage betrifft die städtische Energiebuchhaltung. Graz hat ja im Unterschied zu sehr wenigen anderen Städten oder Kommunen bereits 1986 das Energiebuchhaltungssystem eingeführt. Der Sinn der Maßnahme war und ist es, Einsparpotentiale bei den städtischen Gebäuden im Sinne des Energiespardenkens zu erreichen. Diese Energiebuchhaltung wurde von 1986 bis 1998 durch das städtische Energierferat im Umweltamt durchgeführt und zwar für 115 Gebäude, wobei eine kontinuierliche Datenerfassung für 67 Gebäude erstellt wurde. 1998 wurde dann diese Energiebuchhaltung quasi ausgelagert an die neu gegründete Grazer Energieagentur, die eben beauftragt wurde, die Einführung eines kontinuierlichen Energiecontrollingsystems zu erstellen, wobei hier besonders große Erfolge dann auch zu verzeichnen waren. Also eigentlich ein sehr, sehr positives Projekt seitens der Stadt Graz. Für die damals 67 erfassten Gebäude konnte seit 1992 eine Reduktion des Energieeinsatzes und der Energiekosten für Raumwärme um 22 %, eine Reduktion der CO₂-Emissionen um zirka 30 %, wobei man da sagen muss, das hauptsächlich zustande gekommen ist durch die Umstellung im Bereich der Energieträger, also von Kohle, Koks, Öl auf Fernwärme, Gas und Biomasse sowie auch eine Verringerung der NO₂-Emissionen um zirka 30 % erreicht werden. Im Zuge der städtischen Budgetsparmaßnahmen ist diese Energiebuchhaltung dann allerdings bei der Grazer Energieagentur dieser Auftrag wieder gekündigt worden und diese Aufgabe wieder zurück an die Stadt Graz gegangen, zurück ins Energierferat. Mittlerweile ist es auch so, dass auch ein neues Buchhaltungssystem, so viel ich weiß, angekauft wurde und jetzt versucht wird, das System weiterzuführen und auch die Daten ab 2004 sozusagen aufzuarbeiten und zu sammeln. Das Problem ist allerdings, dass ja der größte Teil der städtischen Liegenschaften sich in der GBG befindet und es jetzt natürlich die Frage ist, wie das städtische Energiesparen auch in der GBG über das Umweltamt noch gewährleistet werden kann und wieweit das Umweltamt da auch überhaupt Maßnahmen setzen darf, nachdem das Ganze sozusagen die Gebäude bei der GBG sind. Ich weiß zum Beispiel, dass das bei den städtischen Schulen und auch bei den Kindergärten relativ gut funktioniert, sie sich selbst, was ich sehr positiv finde, auch freiwillig sozusagen

darauf festgelegt, pro Jahr ein Prozent an Energie einzusparen, was insofern auch ein schönes Projekt ist, dass es dadurch mit Kindern sozusagen auch dieser Energiespargedanke hier vorangetrieben wird. Leider wie gesagt, ist das momentan auf einer freiwilligen Basis und kann sozusagen nicht fix vorgegeben werden. Und daher auch meine

F r a g e

an Sie, Herr Stadtrat, welche Überlegungen gibt es Ihrerseits, die städtische Energiebuchhaltung auch in den Gesellschaften der Stadt Graz, wie eben zum Beispiel bei der GBG, einzuführen?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Sie haben ja eigentlich schon eine Menge inhaltlich dargelegt, das wäre auch meine Antwort. Richtig ist, dass wir mit den Abteilungen, vor allem im Jugend- und Kinderbereich, aber auch im Schulbereich eine hervorragende Zusammenarbeit haben. Die passiert auf freiwilliger Basis, es hat ja anno dazumal auch so etwas wie einen Präsidialerlass gegeben, der allerdings, nämlich einen Präsidialerlass hinsichtlich der Nennung von Personen, die in der jeweiligen Abteilung dann auch so etwas wie Energiebeauftragter oder Energiebeauftragte ist. Da ist aber in Wirklichkeit sehr wenig zurückgekommen. Die genannten Bereiche, die Sie aufgezählt haben, Jugend, Familie und natürlich Schule, die sind natürlich auch Teil der GBG und ich habe auch auf Grund Ihrer Frage meine Abteilung beauftragt, hier nunmehr genau den Stand zu erheben und gleichzeitig aber auch nochmals gemeinsam mit der Magistratsdirektion sämtliche Abteilungen einzubinden, weil die Grundidee der Energiebuchhaltung ist, wie Sie gesagt haben, natürlich heute in einer Zeit, wo wir mit CO₂-Problemen kämpfen und wo wir im Klimawandel uns befinden, etwas ganz Wichtiges.

GRin. **Jahn**: Zuerst einmal danke für die positive Beantwortung und die Zusatzfrage wäre, wo und wann können wir mit einem Bericht zu dem aktuellen Stand der Dinge

beziehungsweise auch zu den möglichen Maßnahmen, die Sie setzen können über das Umweltamt, rechnen und wo können wir da informiert werden darüber?

Ferk: Ich würde vorschlagen in der nächsten Gemeinderatssitzung nach dem Sommer und auch die Dinge, die wir noch ausschöpfen müssen.

3) Mediatoren in Gemeindegemeinschaften

GR. Mag. **Korschelt** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Streitigkeiten unter Nachbarn zählen neben Familienstreitigkeiten wohl zu den häufigsten Konflikten in unserer Gesellschaft. Vor allem in größeren Siedlungen, wo unterschiedlichste Menschen auf engem Raum zusammenleben, brechen immer wieder Auseinandersetzungen über laute Musik, Hundekot, spielende Kinder, abgestellte Autos oder andere an sich harmlose Gründe aus.

Genauso wichtig wie eine rasche Hilfe und Streitschlichtung in solchen Situationen wäre die vorbeugende Unterstützung und Begleitung der Bewohner. In Wien wird dieses Thema gerade diskutiert, versucht man mit Mediatoren das Klima in Gemeindebauten und Siedlungen zu verbessern.

Ich meine, mich richtig erinnern zu können, dass in der Gemeinderatsperiode 1998 bis 2003 ein solches Projekt in der Tannhofsiedlung mit Mediatoren, den sogenannten 'Lamas', vom Umweltamt durchgeführt wurde. So weit mir bekannt ist, hat dieses Projekt anfangs sehr gut funktioniert und es ist in diesem Bereich sehr viel geschehen bis es zu Cliquenbildungen gekommen und das Projekt eingeschlafen ist.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, die

Frage:

Können Sie mir mitteilen, ob daran gedacht ist, das ehemalige Projekt 'Lamas' des Umweltamtes zu reaktivieren, um Konfliktbereiche durch den Einsatz geschulter Mediatoren zu entschärfen?

Bgm.-Stv. **Ferk:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich glaube, Sie haben die Tannhofsiedlung mit der Denggenhofsiedlung verwechselt. Richtig ist, dass Ende der 90er-Jahre in der Denggenhofsiedlung das Lama-Projekt begonnen hat in erster Linie einmal unter dem Aspekt auch des Umweltgedankens natürlich, was das Lama-Projekt in Wirklichkeit auch mit den lokalen Agenda-ManagerInnen auch heute noch ist. In der Denggenhofsiedlung, das darf ich wohl sagen, ist heute weiterhin das Jugendamt federführend und außerordentlich aktiv, man kann es ja auch immer wieder aus den Medien entnehmen, welche Veranstaltungen durchgeführt werden, auch in dem Sinn, wie sie richtigerweise feststellen, dass es natürlich auch um Konfliktbewältigung in einzelnen Wohnsiedlungen geht. Das Lama-Projekt ist insofern, Sie haben es eh nicht gesagt, eingeschlafen, sondern das ist ein permanentes Projekt. Im heurigen Jahr haben wir ganz besonders die Kasernstraße als Bereich des Lama-Projektes auserkoren und die Ägydigasse und Pflastergasse. Dieses Projekt läuft derzeit aktuell und auch hier haben wir ganz besonders überhaupt in den letzten Jahren begonnen, die Frage der Feinstaubproblematik auch in den Vordergrund zu rücken. Dabei geht es aber auch um energiesparende Maßnahmen in Wohnsiedlungen und die lokalen Agenda-ManagerInnen sind natürlich ehrenamtliche Personen, die zwar eine Grundausbildung haben, aber in Wirklichkeit nicht ausschließlich professionell in der Lage wären, sämtliche Konfliktpotentiale in Siedlungen allein zu lösen und da wird auch immer wieder versucht, mit den entsprechenden anderen Abteilungen in Kontakt zu treten, aber wie gesagt, die Projekte, die jetzt laufen, sind an und für sich eher in Richtung des Umweltbereiches zu sehen.

4) Projekt: „Generationen zusammenführen“ in den GGZ

GRin. **Gesek** stellt an Bgm.-Stv. Ferk folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Unter dem Aspekt „Generationen zusammenführen“ hat der Verwaltungsausschuss der GGZ im Juni vorigen Jahres den Grundsatzbeschluss gefasst, in den GGZ im Gebäude „Betreutes Wohnen“ ein „Med-Center“ mit dem Schwerpunkt „Der Ältere Mensch“ und einen „Kindergarten mit Kinderkrippe“ zu installieren. Die Willensäußerung dazu besteht nun seit rund drei Jahren.

Dieses Projekt wurde erst nach 10 Monaten, nämlich im April dieses Jahres, ausgeschrieben und liegt nunmehr das Ausschreibungsergebnis vor.

Die Kommission kam einstimmig zu dem Beschluss, dass dieses Projekt umgesetzt werden soll, da es derzeit einzigartig, eine großartige Ergänzung zu den bestehenden Angeboten der GGZ ist, der Gesundheitsreform 2005 entspricht und somit wahrscheinlich einer Förderung durch den Reformpool würdig ist.

Im letzten Verwaltungsausschuss der GGZ hast du, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, obwohl einstimmige Ergebnisse vorliegen, uns mitgeteilt, dass derzeit von dir keine Zustimmung zur Errichtung des „Med-Centers“ und des „Kindergartens mit Kinderkrippe“ gegeben wird, weil du erst prüfen lassen musst, ob die Aufgaben für den Kindergarten und Kinderkrippe durch die Stadt übernommen werden können. Bekannt ist, dass dies von SozialarbeiterInnen und den zuständigen Abteilungen in den Jahren 2004-2005 immer wieder geprüft wurde und ob der längeren Öffnungszeiten zu wesentlichen Mehrkosten als durch Fremdvergabe führen wird.

Nunmehr stehen bereits im Parterre des Gebäudes „Betreutes Wohnen“ die ganzen Umbauarbeiten. Diese sind zu einem späteren Zeitpunkt nicht nur mit entsprechend höheren Kosten, sondern auch mit einer weiteren Lärmbelästigung für die Bewohner des „Betreuten Wohnens“ verbunden.

Ich frage dich daher, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, wieso hast du nicht bereits im Juni vorigen Jahres nach dem Grundsatzbeschluss des Verwaltungsausschusses der GGZ und vor der Ausschreibung des Projektes prüfen lassen, ob die Stadt Graz/Jugendamt sich für die Führung des „Kindergartens mit

Kinderkrippe“ eignet, zumal durch die Verzögerung dieses Projektes der Stadt Graz an monatliche Mietkosten rund Euro 28.000,00 entstehen?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Selbstverständlich bekenne ich mich mit großem Engagement und Freude zum Projekt der Generationen in der Albert-Schweitzer-Klinik. Es haben sich nach dem Ergebnis der Ausschreibung für mich auch einige neue Fakten ergeben, die im Vorjahr zum Beispiel überhaupt noch nicht vorgelegen sind, wie zum Beispiel ein neues Kinderbetreuungsgesetz, damit auch die Möglichkeit, flexiblere Öffnungszeiten der Kindergärten im öffentlichen Bereich möglich, sich nochmals anzuschauen. Es hat sich auch ergeben, weil das von mir im Vorfeld der Ausschreibung ganz deutlich auch in den Geriatrischen Gesundheitszentren bei der Geschäftsführung deponiert wurde, auch beim sogenannten Hearing und Ausschreibungsmechanismus, auch natürlich die städtische Abteilung einbeziehen, dies ist nun nicht der Fall gewesen, sodass ich also auch hier gerade aus diesem Aspekt und mir persönlich auch, nun die Verantwortung trage ich als politischer Referent, wie du weißt, keinen Vorwurf machen zu lassen, das auch noch einmal mir ganz genau anschau. Nun, auch das ist interessant, der Raumbedarf für Kindergarten im Outdoor-Bereich beträgt pro Kindergartengruppe 500 m² und bei Kinderkrippen, denn das ist ja die Kombination, so ist ja das Angebot beziehungsweise das Ausschreibungsergebnis am Tisch, bei Kinderkrippen beträgt 20 m² pro Kind, nämlich nach Steiermärkischem Kinderbetreuungsgesetz und die Geriatrischen Gesundheitszentren haben in der Ausschreibung 390 m² angeboten. Befinden sich Kindergarten und Kinderkrippe in einem Haus ist eine Zusammenlegung der Außenfläche nicht zulässig. Und jetzt möchte ich an und für sich, bevor ich das in den Verwaltungsausschuss einbringe, genau geklärt wissen, damit also nicht im Nachhinein dann festgestellt wird, warum haben wir das vorher uns nicht angeschaut. Und jetzt noch einmal, was interessant ist, die verlängerten Öffnungszeiten, die jetzt bis zu 12 Stunden möglich sind (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), Kinderkrippen sogar bis zehn Stunden, die sind ebenfalls nunmehr möglich, das war vor einem Jahr deswegen auch in erster Linie die Frage, ausschließlich Private einzuladen, so nicht möglich und was auch ganz wichtig ist, meine Damen und Herren, das aktuelle

Kinderbetreuungsgesetz ab 1. 9. 2007 dann in Kraft sieht Änderungen beim Betreuungspersonal vor, sodass also auch hier die Möglichkeit ist, einfach festzustellen in sehr intensiven Gesprächen mit dem Jugendressort, mit der zuständigen Stadtsenatsreferentin, wofür ich sehr dankbar bin, einmal den Vergleich herzustellen, ob wir das nicht öffentlich auch machen können, aus eben den genannten Gründen, die mir jetzt eher neu vorliegen und zum Zeitpunkt des Verfahrens der Ausschreibung und auch im Rahmen der Ausschreibung so nicht am Tisch gelegen sind (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Gesek**: Wann gedenkst du diese Kinderbetreuungseinrichtung zu eröffnen, damit nicht noch länger berufstätige Mütter mit ihren Kleinkindern auf der Strecke bleiben, oder wartest du, bis du einen Betreiber findest, der dir politisch genehm ist?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Auf den zweiten Teil werde ich jetzt in Wirklichkeit keine Antwort geben. Auf den ersten Teil darf ich sagen, so rasch als möglich, weil mir immer schon ein Anliegen war, auch ein Kinderbetreuungsangebot für die Bediensteten in den geriatrischen Gesundheitszentren anbieten zu können (*Applaus SPÖ*).

5) Johannespark

GRin. **Edlinger** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Bevor sich jetzt vielleicht die eine oder der andere unter Ihnen fragt, ob Stadtrat Riedler und ich nicht jenseits der Gemeinderatssitzung miteinander sprechen und warum ich ihn das nicht so frage und hier in der Fragestunde, erkläre ich vielleicht kurz, warum ich diese Frage einbringe. Ich denke, dass mehrere unter Ihnen daran interessiert sein werden, wie

es jetzt mit dem Johannespark weitergehen wird und deswegen war es mir einfach ein Anliegen, diese Frage hier in der Fragestunde zu stellen. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die an den Johannespark anrainende Bevölkerung, das ist im Wesentlichen eben der Bereich Kantgasse, Denggenhofsiedlung, war heute bereits einmal Thema hier kurz, ist derzeit verunsichert, weil das Gerücht die Runde macht, dass der Weiterbestand des Parks wiederum gefährdet wäre.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens der sozialdemokratischen Fraktion die

F r a g e ,

wie ist es um die Zukunft des Parks bestellt?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Elke! Seit 1994 hat die Stadt Graz die Liegenschaft Johannespark im Flächenausmaß von über 16.000 m² in Bestand genommen. Das Bestandverhältnis wurde auf Grund von Gemeinderatsbeschlüssen jeweils befristet abgeschlossen und es wurde daher auch zwischen den Vertragsteilen festgelegt, dass sich das Bestandsverhältnis jeweils um ein weiteres Jahr verlängert, wenn von beiden Vertragsteilen diesbezügliche Willenserklärungen abgegeben werden. Im Jahr 2004 wurde von dem damaligen Eigentümer die Liegenschaft in eine Privatstiftung eingebracht und konnte nach Verhandlungen mit dem Rechtsvertreter der Stiftung ein neues Vertragsverhältnis erwirkt werden und ein Neuabschluss erstellt werden. Ich habe die Abteilung für Liegenschaftsverkehr angewiesen, den entsprechenden Vertrag zu erstellen und der Gemeinderat hat daher in seiner Sitzung am 10. 11. 2005 beschlossen, dass die Stadt Graz von der Rudolf-Spitzer-Privatstiftung, das ist also diese Privatstiftung, die nunmehr im Eigentum der Liegenschaft steht, die im Flächenwidmungsplan 2002 ausgewiesene Parkanlage Johannespark von nun weg, also ab 1.1.2006, unbestimmte Zeit in Bestand zu nehmen. Es wurde vereinbart, dass beide Vertragsteile diesen Vertrag unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist bis zum Ende eines jeden Kalenderjahres aufkündigen können. Die Bestandgeberin

verzichtet jedoch auf die Dauer von fünf Jahren auf ihr Kündigungsrecht und daraus ergibt sich natürlich, dass frühestens Ende 2010 dieses Kündigungsrecht von der Bestandgeberin geltend gemacht werden könnte. Ebenso wurde ausdrücklich im Vertrag festgehalten, dass für den Fall des Kaufes des Bestandgegenstandes durch die Bestandnehmerin die Anrechnung des in den letzten drei Jahren vor dem Kauf seitens der Bestandnehmerin geleisteten Bestandszinses auf den noch zu ermittelnden Kaufpreis durchgeführt wird. Das heißt also, wir können unsere Miete dann auch in den Kaufpreis mit einrechnen. Weiters räumt die Rudolf-Spitzer-Privatstiftung der Stadt Graz ein Vorkaufsrecht gemäß § 1072, folgende ABGB, für diese Einlagezahl in der KG Gries ein. Als jährlicher Bestandszins wurde übrigens der bisherige Bestandszins von etwas mehr als 100.000 Euro wertgesichert festgelegt, was einen durchschnittlichen Preis von 5,96 Euro je Quadratmeter ergibt. Zusammenfassend darf ich daher festhalten, dass dem bisherigen Bestandsverhältnis befristete Verträge zugrunde lagen und erst durch mein Zutun der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde und damit eine Kontinuität im Vertragsverhältnis gegeben ist und somit dem Grundeigentümer nicht alle paar Jahre Verhandlungen über neue Abschlüsse ins Haus stehen und auch uns natürlich nicht. Aus meiner Sicht ist daher der Weiterbestand des Parks keinesfalls gefährdet und es besteht keine Absicht seitens der Stadt Graz, aus diesem Bestandsverhältnis auszusteigen (*Applaus SPÖ*).

6) Neuholdaugasse, Verlängerung zur Andersengasse

GRin. **Schönberg** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Schönberg**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Meine Frage betrifft die Neuholdaugasse, Verlängerung zur Andersengasse. Die Neuholdaugasse führt derzeit südlich bis zum Ende der Siedlung bei Hausnummer Neuholdaugasse 145 und ist als Erschließungsstraße des Grundstücks 2159 KG Jakomini gedacht. Den Bewohnerinnen und Bewohnern in Jakomini als auch in der Andersengasse in Liebenau ist es aber sehr wichtig, dass es dabei auch

bei einer Erschließungsstraße bleibt, und nicht zu einer Verbindungsstraße wird. Schon im Jahr 1994 hat Altbürgermeister Stingl den Bürgerinnen und Bürgern der Neuholdaugasse und der Andersengasse versprochen, dass es zu keiner Verbindung kommen wird.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Sind Ihnen beziehungsweise den Ihnen zugewiesenen Ämtern Planungen bekannt, nach denen die Neuholdaugasse bis zur Andersengasse geführt werden soll, oder können die BewohnerInnen der Neuholdaugasse und der Andersengasse sicher sein, dass das Versprechen des Altbürgermeisters Stingl, dass es zu keiner Verbindung zwischen der Neuholdaugasse und der Andersengasse kommt, auch jetzt noch seine Gültigkeit besitzt (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, Frau Kollegin, Frau Gemeinderätin! Alles was ich Ihnen dazu sagen kann, das ist, dass es keine konkreten Planungsüberlegungen für die Herstellung dieser Straßenverlängerung zur Andersengasse gibt und dass es von unserer Seite auch keine mittelfristigen Überlegungen zu einer derartigen Straßenverlängerung gibt. Sie haben es aber so apodiktisch gesagt mit einer Sicherheit, ich denke, das ist ein grundsätzliches Problem, diese Sicherheit gibt es in einer Stadt nicht. Ich weiß auch nicht, was in zehn Jahren ist, aus heutiger Sicht jedenfalls, weder kurzfristig noch mittelfristig überlegen, das heißt, es gibt derzeit keine Planungsüberlegung bei uns in der Verkehrsplanung diese Straßenverlängerung durchzuführen.

7) KIZ – Kino im Augarten

GRin. **Binder** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! KIZ – Kino im Augarten. Es ist noch nicht so lange her, gab es ziemliche Aufregung um dieses einzigartige Programmkinos. Ich kann mich erinnern, dass das KIZ beauftragt wurde, einen Plan zu erstellen bezüglich der notwendigen Räumlichkeiten, um in diesem Neubau von SOB beziehungsweise Architekt Gieselbrecht untergebracht werden zu können. So viel ich weiß, sind diese Pläne und ist eine umfangreiche Bedarfsliste erstellt worden und es wurde vereinbart, dass im Juni der Gemeinderat darüber Bericht erhält, wie die Situation jetzt für das KIZ – Kino im Augarten, wie es darum steht. Daher frage ich Sie jetzt, Herr Stadtrat Miedl, sind Sie bereit dem Gemeinderat über den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Unterbringung des KIZ – Augartenkinos im neuen Gebäude der SOB in der Friedrichgasse zu informieren?

StR. **Miedl**: Sehr geehrte Frau Kollegin Binder! Selbstverständlich bin ich gerne bereit, Sie darüber zu informieren, es liegen jetzt tatsächlich Wochen der Verhandlungen hinter mir, nämlich nicht nur im Bereich des KIZ, sondern darüber hinaus Literaturhaus, Stadtmuseum, Kunsthaus. Wir konnten, soweit der Gemeinderat heute den Dingen zustimmt, in allen Bereichen ins Grüne hinein verhandeln, im wahrsten Sinne des Wortes, Frau Kollegin. Zum Ersten, wir sind im Bereich des KIZ in einer Situation, wo wir planen, wo wir prüfen und möglicherweise im September schon Beschlüsse fassen können. Ich möchte vorwegnehmend beim Kollegen Stadtrat Gerhard Rüschi bedanken, es ist eine sehr konstruktive und sehr positive Art und Weise des Miteinanders in dieser Frage, das weiß ich sehr zu schätzen; zum Ersten, wir wollen die Planung so entwickeln und da sind wir auf gutem Wege, dass im Gebäudekomplex dieses Kino entstehen kann. Zweitens, wir müssen bei der Planung berücksichtigen, dass wir die Raumhöhen so gestalten, dass die fünf Meter Leinwand garantiert bleiben. Vorgesehen, meine Damen und Herren sind zwei Kinosäle, wobei der erste Saal 126 Plätze haben soll, der zweite Saal 72 Plätze. Ebenso ist vorgesehen ein Cafe-Bereich und eventuelle Büros. Wir

müssen natürlich berücksichtigen, dass diese Kinos barrierefrei erreichbar sind und daher sind pro Saal zusätzlich zwei Plätze für RollstuhlfahrerInnen vorzusehen. Das Ganze wird nur möglich sein in Form einer leichten Dichteüberschreitung, aber da will ich nichts vorwegnehmen, das gehört ins Ressort Rüschi, weil ich sage, da bedanke ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin dieses Ressorts, weil auch hier ein sehr konstruktives Arbeiten möglich ist. Zur Zeit werden durch den Architekten Gieselbrecht folgende Angelegenheiten überprüft: Wir müssen in dem Gesamtkomplex berücksichtigen, dass hier auch ein Kindergarten untergebracht wird und Wohnungen untergebracht sind und bei den Freiflächen ist sozusagen ein kleiner Engpass entstanden, aber auch den gilt es zu überwinden und darüber hinaus sind natürlich im übrigen Bau erhöhte Kosten durch die Integration des Kinos zu erwarten, auch hier ist die Kostenfrage noch zu klären. Für September kündige ich daher an, dass, vorausgesetzt, dass wir diese Verhandlungen so positiv weiter folgen werden lassen können, einen Bebauungsplanbeschluss hier im Hause vorzusehen haben und nach diesem Beschluss wird dann die Planung fertiggestellt werden. Aus der Sicht des Stadtrates Gerhard Rüschi und mir wäre ein Baubeginn mit Sommer 2008 durchaus im Bereich des Möglichen. Jetzt sage ich da zu, die ganze Geschichte muss noch finanziert werden, die Stadt wird ihren Beitrag dazu leisten haben, es wird das Land auch sich seiner Situation bewusst sein müssen und daran denken müssen, dass die Hauptstadt Graz auch eine steirische Stadt ist und darüber hinaus, meine Damen und Herren, werde ich natürlich die Kinderfreunde, die der eigentliche Gewinner dieser Lösung ist, auch hier nicht ganz aus der Pflicht lassen wollen und auch hier muss mitfinanziert werden und da wird es auch eine Einladung geben, die dann sehr konkret nach Vorliegen der Kosten definiert ist. Darüber hinaus bin ich sehr bemüht, Frau Kollegin, dass wir auch eine Übergangslösung zustande bringen. Aus meiner Sicht eine Übergangslösung hätte ich anzubieten, die Verhandlungen, die Gerichtsverhandlungen, was die Delogierung des Volkstheaters im Fröbelkino anlangt, laufen an sich so positiv, dass ich geneigt bin, jetzt schon sagen zu dürfen, dass das eine Variante ist. Ich versperre mich aber nicht anderen Lösungen, die sich anbieten. Nur zur Zeit habe ich Zurufe noch nicht gehört. Wer ein Kino frei zu Verfügung hat, das er dem KIZ anbieten kann als Übergangslösung, möge sich bitte bei mir melden, für den Fall, dass sich keiner meldet, biete ich gerne diese Lösung an. In Summe also ein sehr konstruktives, sehr positives Gesprächsklima, auch Zug um Zug sozusagen weitere Planungsschritte bereits

erfolgt und ich bin sehr positiv, dass wir im September alle miteinander um vieles mehr wissen werden.

GRin. **Binder**: Eine Zusatzfrage noch. Sie haben die Kinderfreunde genannt, dass sie die Kinderfreunde nicht aus der Verantwortung herauslassen wollen. Was ist, wenn das mit den Kinderfreunden nicht so funktioniert, wie Sie sich das erwünschen und erhoffen? Heißt das dann, dass das KIZ das Nachsehen haben könnte?

Zwischenruf GR. Schönegger: Musst die SPÖ fragen.

StR. **Miedl**: Frau Kollegin, ich verlasse mich auf den Parteivorsitzenden und der Grazer Sozialdemokraten,...

Zwischenruf Bgm-Stv. Ferk: Allein ist er halt schwach.

StR. **Miedl**: ...dass er hier natürlich die gerechte Sache sieht und das KIZ im Augarten auch nicht sterben lässt. Auf der anderen Seite sage ich Ihnen, unabhängig von dieser Situation, die da moralisch rechtlich zu beurteilen sein wird, wird es das KIZ im Augarten geben müssen und wir der Bürgermeister und die ÖVP-Fraktion werden alles tun, damit das KIZ im Augarten auch weiter Bestand hat (*Applaus ÖVP*). Ich würde der SPÖ und den Kinderfreunden wirklich empfehlen, das ehemals geschenkte Grundstück und dann zu einem hohen Betrag veräußerte Grundstück nicht als ein Geschenk und eine Gnade Gottes anzusehen, sondern durchaus als eine Leistung, die im Bereich der öffentlichen Hand erfolgt ist und dass man da auch

eine Verpflichtung hat, daran mitzuarbeiten, dass das Kino bitteschön nicht einen Nachteil dadurch erleiden muss (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger** zur Geschäftsordnung: Herr Stadtrat Miedl, ich bitte Sie, hier herinnen keine Unwahrheiten zu verbreiten. Sie waren bei der Sitzung selbst, sie haben zur Sitzung eingeladen, wo vom Stadtrechnungshofdirektor eindeutig klargestellt wurde, dass es sich hierbei nicht um ein geschenktes Grundstück handelt, auch der Vertreter der Kinderfreunde war damals dort anwesend, hat auch noch einmal ganz klar vor versammelter Runde erklärt, wie es um den Kaufpreis damals bestellt war, dass das damals gar nicht so wenig Geld war, ganz im Gegenteil, das war auch ein Argument des Stadtrechnungshofdirektors und Tatsache ist, dass die Kinderfreunde auf Grund der bestehenden Miet- und Pachtverhältnisse, auch dieser Liegenschaften, auch einen geringeren Kaufpreis erzielt haben. Das heißt, der Käufer, die jetzt dort agierende Betreibergesellschaft, hat natürlich weniger für diese Liegenschaft zahlen müssen, weil eben mit dem KIZ zum Beispiel ein aufrechtes Bestandverhältnis gegeben war. Der Streit war immer nur dann, um welche Art von Bestandverhältnis handelt es sich, ist es ein Mietvertrag, ist es ein Pachtvertrag? Aber ich bitte Sie, hier einfach nicht die Tatsachen zu verschleiern beziehungsweise wissentlich ganz was anderes zu behaupten (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl**: Ich korrigiere, Frau Kollegin, das Grundstück ist nicht geschenkt worden, sondern ist in den 30er Jahren den Kinderfreunden zum Kaufpreis von einem Schilling überlassen worden, ich korrigiere und es ist zum Kaufpreis von einem Schilling deswegen überlassen worden, und jetzt bitte ich Sie, mir zuzuhören, weil die Kinderfreunde damit mit der Auflage verbunden wurden, dass dieses Grundstück für Zwecke der Kinder- und Jugendarbeit verwendet werden soll. Wenn Sie glauben, Frau Kollegin, dass dem Zweck durch den Verkauf entsprochen wurden, dann irren Sie und ich bewundere Ihren Mut, da herauszugehen und wider besseren Wissen etwas zu behaupten, was hinten und vorne nicht stimmt, das ist doch unerhört (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte jetzt aber dann wirklich einen geschäftsordnungsgemäßen Antrag haben und nicht eine weitere Diskussion zu einem Thema in der Fragestunde, weil Inhalte werden nicht weiter diskutiert.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Zur Beruhigung der Situation, das Grundstück wurde nicht um einen Schilling verkauft und der Kollege Werner Miedl ist leider nicht gut genug informiert, es ist nur ungut und unrichtig, wenn man dann mit Argumenten hier auch in der öffentlichen Sitzung auftritt, die man dann weder belegen kann und die auch nicht haltbar sind, wie sich aus den Akten der Stadt Graz sehr leicht überprüfen lässt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, wir werden dem Gemeinderat diese damaligen Verträge einmal zukommen lassen und einmal berichten, dass dann alles aus der Welt geschafft wird, was unter Umständen falsch berichtet worden ist. Das werden wir dann genau sehen und wir werden auch alle Verpflichtungen eingehen, wichtig ist, glaube ich, dass das KIZ gerettet wird und dass auch alle, die früher einmal dazu beigetragen haben, dass das KIZ dort entstanden ist, wieder mithelfen, dass es auch erhalten bleibt. Wir werden schon eine Lösung finden, aber berichten wir vielleicht einmal dem Gemeinderat, wie diese Verträge wirklich ausgesehen haben.

8) Sozialstaffel für Elternbeiträge bei Tagesmüttern ab Herbst 2007

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Hohes Auditorium, sehr geschätzte Frau Stadträtin! Ich darf jetzt zu einem sehr erfreulichen Kapitel unserer Stadtpolitik kommen, Kinderbetreuung hat einen hohen Stellenwert, Stadt Graz ist hier österreichweit eine Vorzeigestadt. Es ist viel gelungen und es werden weitere positive Schritte gesetzt, das aktuelle Thema, die Sozialstaffel für Elternbeiträge bei Tagesmüttern, haben wir hier schon mehrfach abgehandelt. In den letzten drei Jahren habe ich mich da zehnmals zu Wort gemeldet. Dass sehr bald sich eine neue Lösung abzeichnet, ist Ursache für die heutige Frage. Tagesmütter leisten in Graz einen unverzichtbaren Dienst für Familien mit kleinen Kindern. Die meisten Sprösslinge werden zwar nach wie vor von den eigenen Eltern betreut, doch infolge zunehmender Erwerbstätigkeit steigt der Bedarf an Betreuungsangeboten, insbesondere für unter 3-jährige Kinder. In Graz stehen städtische und private Kinderkrippen und Tagesmütter zu Verfügung, derzeit können sich viele Eltern die Tagesmütter nicht leisten, da es noch keine sozial gestaffelten Beiträge gibt wie in den Kinderkrippen und es gibt nicht wenig Eltern, die sich jetzt verzweifelt melden, sie brauchen dringend einen Betreuungsplatz, Krippen sind ausgebucht, Tagesmutter können sie sich nicht leisten. Ich darf doch um Gehör bitten, wenn wir über die jüngsten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und ihre Anliegen reden. Im Sinne der Kostenwahrheit und der Wahlfreiheit der Eltern fordern wir seit Jahren die Einführung sozial gestaffelter Elternbeiträge auch für Tagesmütter, wie gesagt, am 17. Juni 2004 habe ich hier das erste Mal dieses Kapitel thematisiert und zehnmals den Elternwunsch wieder formuliert.

Erfreulicherweise, und jetzt kommt das Schöne, konnte man vorigen Tagen, vorigen Freitag den Medien entnehmen, dass sich nun eine gute Lösung anbahnt und bereits ein Entwurf für die soziale Staffelung der Elternbeiträge für Tagesmütter vorliegt, wofür ich mich sehr herzlich bei Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl bedanken möchte.

Und ich darf nun an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e ,

stellen namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, ob die Grazer Familien damit rechnen dürfen, dass bereits ab Herbst 2007 die Sozialstaffel für Elternbeiträge

(*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) bei Tagesmüttern in Kraft treten kann?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi! Die Anfrage, die du mir heute stellst, kommt mir so vertraut vor, dass ich ganz überrascht war, dass das nur zehnmal stattgefunden hat, ich habe das in Erinnerung gehabt, dass das schon viel öfter war. Danke auch für das besondere Lob, das du den Bemühungen, meinen und den Bemühungen meines Amtes, und natürlich unseren gemeinsamen Beschlussfassungen aussprichst im Bereich der Kinderbetreuung und ich kann diese Anerkennung durchaus auch verstärken, angesichts der Eindrücke die ich mitgenommen habe von meiner Dienstreise. Ich war jetzt, wie du vielleicht weißt, zwei Tage in Stuttgart bei einer europaweiten Tagung zum Thema kinderfreundliche Städte. Eigentlich hätten wir dort wie alle anderen Städte diesem Bündnis beitreten sollen, alle anderen Städte haben unterschrieben, der Herr Bürgermeister hat mich leider nicht ermächtigt, im Namen der Stadt Graz zu unterschreiben, das ist kein Problem, das kann ja noch stattfinden. Und wenn man solche Dienstreisen durchführt, dann stellt man natürlich auch Vergleiche an und ich möchte kurz zusammenfassen, was für mich so deutlich geworden ist in diesem Vergleich. Zum einen, die öffentliche Hand in Graz investiert ungleich mehr in Kinderbetreuungseinrichtungen als Stuttgart, aber auch andere deutsche Städte. Es gibt in Stuttgart, so wie auch in anderen deutschen Städten, keine sozialen Staffelungen, in ganz Stuttgart keine soziale Staffel, also alle Eltern zahlen gleich viel, egal ob wohlhabend oder in schwierigen finanziellen Verhältnissen. In Graz haben wir seit 12 Jahren flexible Öffnungszeiten, wie du weißt, schon vor 12 Jahren hatte ich veranlasst, dass befragt wird, welche Betreuungszeiten die Kinder angepasst an die Arbeitszeiten der Eltern brauchen und wir haben die Öffnungszeiten eklatant ausgeweitet. In Deutschland beginnt jetzt erst die Diskussion um erweiterte Öffnungszeiten und um die Sinnhaftigkeit oder Nichtsinnhaftigkeit, in Stuttgart schließen Ganztagsbetriebe spätestens um 17.00 Uhr, Ganztagsbetriebe, viele schließen um 15.00 Uhr und um 16.00 Uhr und wenn, das habe ich auch also als sehr erstaunlich gefunden, und wenn tatsächlich Eltern eine längere Öffnungszeit brauchen, was ja gerade bei schlecht bezahlten Handelsangestellten zum Beispiel

sehr oft der Fall ist, dann müssen sie extra zahlen. Und zum Beispiel in den öffentlichen Einrichtungen pro Stunde, die sie am Tag mehr brauchen, auf den Monat umgerechnet 100 Euro, die kommen also bei den Tarifen auf, ohne Essensgeld, im schlechtesten Fall weit über 300 bis zu 400 Euro. Im Bereich der unter 3-Jährigen haben sie die ähnliche Problemstellung und Herausforderung wie wir und auch einen ähnlichen Deckungsgrad, wobei ich durchaus anmerken darf, dass wir auch hier österreichweit schon gut unterwegs sind und es gibt in Stuttgart keine, also in Stuttgart keine und in anderen deutschen Städten kaum Zuzahlungen der öffentlichen Hand zu privaten Einrichtungen, eine sehr klare Trennung, insbesondere was vor allem auch die konfessionellen Einrichtungen anbelangt. Und ein wesentlicher Unterschied, und ich denke, das wird für uns alle eine große Herausforderung sein, einen großen Unterschied sehe ich darin, dass in Deutschland sich die Firmen, die großen Firmen, die es sich leisten können, die Konzerne vor allem, sich schon lange der Notwendigkeit bewusst sind, betriebseigene Kinderbetreuungseinrichtungen einzuführen. Dort hat zum Beispiel einer der Vorstandsdirektoren am ersten Vormittag referiert, Vorstandsdirektor von Daimler-Benz hat erzählt über die Maßnahmen, die sie setzen europaweit in allen Betreuungseinrichtungen und hat ganz klar gesagt, wir sind überzeugt davon, dass es gut ist, wenn Konzerne, wenn große Firmen Betreuung für ihre Eltern anbieten, zum einen wissen die Eltern ihre Kinder gut betreut und natürlich gut gefördert und zum anderen ist es für uns ein Standortfaktor, um gut qualifiziertes Personal in unsere Betriebe zu kriegen, so denken Konzerne, so denken Betriebe anderswo, da brauchen wir noch einen großen Bewusstseinschub, aber wir haben jetzt mit der neuen Regelung durch die Landesrätin Vollath, wo ja Betriebe auch Tagesmütter in den Betrieben anstellen können, durchaus eine gute Basis. Da wird es also um die Bewusstseinsarbeit gehen. Ich würde sagen, nicht nur dieser Vergleich kann uns stolz machen, sondern durchaus auch eine Rückschau, die gut nachzulesen ist in der jährlichen Broschüre der Kinderdrehscheibe, übrigens wer es nicht wissen sollte, und das scheint der Fall zu sein, dass es einige nicht wissen, die Kinderdrehscheibe gibt es seit 12 Jahren, ich war vorige Woche erst wieder zu Besuch, bietet stündlich aktualisierte Zahlen über alle Kinderbetreuungseinrichtungen in Graz und in der Steiermark an, insbesondere jetzt über die Sommerbetreuung und zwar ständig aktualisierte Zahlen, also die ÖVP lade ich gerne einmal ein, in die Kinderdrehscheibe zu kommen, dort gibt es nämlich tausende Anfragen jährlich in

einem Jahr. Aber gut, so kann man das Geld auch verwenden, ist ja egal. Also zu dieser Bilanz, das ist vielleicht für uns alle interessant, was ja auch das Ergebnis gemeinsamer Beschlüsse und gemeinsamer Anstrengungen ist, in dieser Broschüre findet sich ein Vergleich vom Oktober 1996, da war ich ein Jahr Stadträtin, zum Oktober 2006. Im Oktober 1996 gab es insgesamt 241 Einrichtungen, davon 174 in Graz, im Oktober 2006 gab es 372 Einrichtungen davon 289 in Graz, der Rest in Graz-Umgebung. Im Oktober 1996 gab es 153 Kindergärten, davon 63 ganztags, im Oktober 2006 gibt es 194 Kindergärten, davon 167 ganztags, wir haben also die Ganztagsangebote fast verdoppelt und jetzt kommt etwas ganz Interessantes, im Oktober 1996 gab es in Graz zwei Kinderkrippen, in Graz-Umgebung keine einzige und im Oktober 2006 gibt es in Graz 34 Kinderkrippen und 6 Kinderkrippen in Graz-Umgebung. Und im Oktober 1996 gab es 165 Tagesmütter/Tagesväter und jetzt gibt es 205 und diese Angebotszahlen werden sich jetzt noch verbessern im Herbst, denn durch das neue Gesetz wird es im Herbst in Graz rund 690 Plätze in Kinderkrippen geben und ein weiterer Vergleich, 1996 gab es keinen Schilling, keinen Groschen Zuzahlung für Tagesmütter, 2006, und zwar seit neun Jahren ungefähr, zahlt die Stadt jährlich 148.700 Euro an die Tagesmüttervereine, auch diese Zuzahlungen gibt es, ebenso wie das Tarifsystem, nicht zum Beispiel in anderen Gemeinden. Und ein weiterer Vergleich, 1996 gab es kein Tarifsystem, 2007 haben wir rund 5 Millionen Euro wieder für das Tarifsystem, das, wie du weißt, sicherstellt, das mehr als 1000 Eltern auch die gleiche Ermäßigung haben können wie in den öffentlichen Einrichtungen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir können es nicht oft genug sagen, weil es wirklich beispielhaft ist für Österreich, 28,2 Millionen Euro haben wir seit 2002 nur in dieses Tarifsystem investiert und jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt, denke ich, diese fünf Millionen Euro, die wir heuer 2007 wieder im Budget haben, sind nicht vom Himmel gefallen, mit Sicherheit nicht, sie stehen im Budget, weil ich, obwohl ich eigentlich dem Druck des Eckwerts folgend diese Summe hätte aus dem Budget rausnehmen müssen, einsparen müssen und ich muss dazu sagen, liebe Sissi, also für mich wird inzwischen immer deutlicher und ich fühle mich da gar nicht alleine, du und deine Fraktion ihr tut euch einfach ein bisschen schwer dabei, Finanzierungsrealitäten zu akzeptieren (*Applaus SPÖ*), das sieht man in diesem Bereich, das sieht man auch in anderen Bereichen. Bei Budgetverhandlungen wird die eine Fraktion gezeißelt, weil sie angeblich nicht genügend sparwillig ist, wird die Jugendstadträtin gezeißelt, weil sie nicht genügend

sparwillig ist, nach Budgetbeschluss kommt ihr mit ständig neuen Forderungen mit finanziellen Auswirkungen, das ist nicht nur lästig, aber gut, das gehört eh zum Job, dafür kriegen wir ja ein Schmerzensgeld, aber es ist schlicht und einfach unfair den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, weil ihr...

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Gemeinderat, was gibt es für eine Aufregung, nein, es interessiert mich eh nicht. Das ist nicht nur unfair den Bürgern und Bürgerinnen, nicht nur lästig, sondern unfair den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, weil du seit Jahren nichts anderes machst als Erwartungen zu wecken, die einfach nicht erfüllt werden können angesichts der schwierigen budgetären Situation. Das Einzige, was ich dir dabei zugute halten kann, im Unterschied zu einigen anderen finanziellen Forderern in der ÖVP, du machst das nicht nur zu Wahlkampfzeiten, sondern auch am ersten Tag nach dem Wahlkampf (*Applaus SPÖ*). Ich bin gleich am Ende. Zu deiner konkreten Frage, ob Grazer Familien damit rechnen können, dass sie die soziale Staffelung im Herbst haben, darf ich dir sagen, ja, es ist richtig, ich habe mein Amt beauftragt, unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Finanzberechnung zu machen, ein neues Modell zu entwickeln, die Kosten würden sich hochgerechnet auf 500.000 Euro belaufen. Wie du weißt, ist die Summe nicht im Budget und ist daher auch nicht finanzierbar. Ich glaube überhaupt, dass die großen Herausforderungen, die vor uns stehen, nämlich vor allem der Ausbau der Einrichtungen für die Null-bis-3-Jährigen nur unter drei Prämissen gemeistert werden können. 1) Die Grazer Wirtschaftsunternehmen folgen dem Beispiel deutscher und anderer europäischer Gesetze. 2) Die ÖVP stimmt auf Bundesebene dem Vorschlag der SPÖ zu, vorgestern kommuniziert in der Kleinen Zeitung, eine der drei Milliarden Euro, die wir durch die Eurofighter, durch den neuen Eurofighter einsparen, zweckzuwidmen für die Kinderbetreuung, wie übrigens auch für die Pflege und 3) die Stadt Graz bekennt sich dazu, eine Priorität bei der Kinderbetreuung und Familienfreundlichkeit zu setzen, die natürlich nur ihren Ausdruck finden kann, indem

ressortübergreifend umgeschichtet wird, damit wir die Herausforderung im Jugendbereich und Kinderbetreuung bewältigen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor es zur Zusatzfrage kommt, habe ich eine Bitte. Nachdem auch Kolleginnen und Kollegen danach noch drankommen wollen, bitte ich auf das Wesentliche sich zu konzentrieren bei der Beantwortung und, Frau Stadträtin, zur Geschäftsordnung möchte ich auch eine Berichtigung anbringen. Der Bürgermeister von Stuttgart hat mich als Bürgermeister eingeladen, ob wir als Stadt Graz nicht Interesse haben, ich habe die Frau Stadträtin damals gebeten, ob nicht sie oder eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Amtes einmal vorfühlen kann, ob eine weitere Mitgliedschaft überhaupt Sinn macht, was hier in Stuttgart besprochen wird, ob wir auch profitieren können davon. Ich habe die erste Reise, die es gegeben hat, auch übernommen, wir haben in letzter Zeit aufgrund unserer Einsparungsvorgaben sehr viele Mitgliedschaften eher aufgelöst und da geht es jetzt um eine neue, die ja dann auch mit Kosten verbunden sein wird. Das läuft dann im Übrigen budgetär bei mir über das Präsidialamt, genauso wie die Dienstreisen. Nachdem diese Voranschlagsstelle schon ziemlich ausgereizt ist, weil wir auch hier eingespart haben, habe ich gebeten, ob es nicht möglich wäre, dass du diese Reise, wenn sie wichtig ist, auch aus deinen Ressorts übernimmst, also es ist nicht so, dass ich dir eine Dienstreise nicht genehmigt hätte, weil du kannst jederzeit gerne auch eine Dienstreise über dein Budget finanzieren. Ich habe nur nicht das Geld (*Applaus ÖVP*).

GR. **Potzinger**: Ganz kurz zur Anspielung auf die Kinderbetreuungsbrochure, die eine wichtige Ergänzung ist zum Angebot der Kinderdrehscheibe, das man ja nur elektronisch abrufen kann, kann man dann auch schwarz auf weiß in der Hand haben. Ich glaube, man kann nicht genug tun, um die Eltern zu informieren über die Angebote, die dazu beitragen, Familien Sicherheit zu geben, ja zu Kindern zu sagen, nicht umsonst haben wir europaweit als Stadt Graz die höchste Geburtenrate und ich habe jetzt keine Zusatzfrage, sondern ein ganz großes Danke für deine heutige

Zusage. Es wird kollektive Kraftanstrengungen geben müssen, aber ab Herbst diesen Jahres können die Eltern damit rechnen, sozial gestaffelte Beiträge auch bei den Tagesmüttern zu haben, ich habe eine große Freude. Danke.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Also erstens einmal weiß ich nicht, woraus du erlesen konntest und entnehmen konntest, dass es ab Herbst dieses Jahres die Staffel gibt. Ich bilde mir ein, ich drücke mich immer klar und deutlich aus, dafür bin ich eigentlich bekannt, Frau Kollegin, aber es ist, ich will es nur protokollieren. Und zweitens, ich muss den Herrn Bürgermeister berichtigen. Ich habe nie, was die Dienstreise anbelangt, ich habe nie davon gehört, dass man es aus dem Amt zahlen sollen, im Gegenteil...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Versprochen habt es ihr.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: ...aber das Präsidialamt hat ein Stück vorbereitet und den Herrn Bürgermeister gebeten, mich zu ermächtigen, dass ich als Vertreterin der Stadt Graz, so wie alle anderen Vertreter von allen europäischen Städten an diesem Tag, das war ein hochfeierlicher Akt, unterschreiben darf den Beitritt. Ich war die Einzige, die nicht unterschreiben durfte. Könnt Ihr euch vorstellen, wie mir das peinlich war.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist auch relativ einfach, nachdem das Präsidialamt dieses Stück mit mir nicht abgesprochen hat und ich vorweg einen Bericht einmal wollte, ob wir da überhaupt beitreten, weil diese Antwort habe ich und die wurde auch politisch nie beraten, weil bevor man einfach ein Stück ausarbeiten lässt und zwar ohne meine Zustimmung und ich dieses Stück auf der Tagesordnung dann plötzlich entdecke, bitte ich auch in Zukunft, Frau Stadträtin, bitte ich dich in Zukunft auch den Weg

ordnungsgemäß einzuhalten (*Applaus ÖVP*), weil es ist nicht denkbar, dass das Präsidialamt auf Zuruf einfach ein Stück ausarbeitet, ohne dass der Referent vorher auch darum gefragt wird. Und ich sage noch einmal, wir haben viele Geschichten eingespart, ich habe noch nicht am Tisch liegen, welche großen Vorteile wir daraus ziehen sollten, freue mich aber riesig drüber, dass ich aus deinem Mund heute auch ein Lob über Konzerne und Unternehmer einmal hören durfte, auch wenn es noch Unternehmer im Ausland betrifft.

9) Geschwindigkeitsmessgeräte

GR. **Mayr** stellt an StRin. **Monogioudis** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Vielen Dank Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! Die mobilen Geschwindigkeitsmessgeräte sind ein beliebtes Instrument an verkehrstechnisch neuralgischen Punkten, um den Autofahrerinnen und Autofahrern klarzumachen, dass sie unter Umständen zu schnell unterwegs sind. Es wird gerne vor Schulen eingesetzt, es ist in vielen Bezirken, eher in den Außenbezirken von Graz aber sehr beliebt, viele Bürgerinnen und Bürger fragen immer den Einsatz nach.

So ist es vor einigen Jahren dazu gekommen, dass die Bezirke aus ihrem eigenem Budget Geschwindigkeitsmessgeräte angeschafft haben und zunächst auch die Aufstellung und den Betrieb selbst organisiert haben. Dann ist es aber zu den Fragestellungen gekommen, wie schaut es mit der Haftung aus, wo kann man diese Messgeräte aufstellen, nämlich damals nur auf privatem Grund usw. und so kam es zu einer Übereinkunft mit den Wirtschaftsbetrieben, dass die Bezirke Standorte nennen, wo eine Stange oder eine Vorrichtung aufgestellt wird, wo diese Geschwindigkeitsmessgeräte angebracht werden können, die Geschwindigkeitsmessgeräte sind von den Bezirken eben gekauft worden und der Betrieb und die Wartung von den Wirtschaftsbetrieben übernommen worden. Vor einigen Wochen erging nun im Auftrag der Wirtschaftsbetriebe ein Schreiben an die

Bezirksvorstellungen, zu deren Überraschung hieß es darin, dass die Mehrzahl der Geräte defekt wäre und dass dieser Umstand, und interessant ist nämlich auch, dass dieser Umstand in diesem Schreiben nicht näher definiert wurde. Also hier wurde nicht den Bezirken mitgeteilt, das Messegerät des Bezirkes Eggenberg zum Beispiel ist defekt, sondern es wurde ganz allgemein gehalten, ohne dass dem Bezirk hier näher eine Erklärung gegeben wurde, auch nicht über die Art des Defektes und auch nicht über die genauen Reparaturkosten, hier wurde eine vage Aussage gemacht, zwischen 300 und 600 Euro würde das kosten. Im gleichen Schreiben wurde die Anschaffung von Neugeräten empfohlen, die allerdings im Bereich von 1700/1800 Euro liegen würde, also das Drei- bis Sechsfache der Reparaturkosten und lapidar wurde von den Wirtschaftsbetrieben auch festgestellt, dass sie nicht mehr bereit sind, die Kosten für die Aufstellung und den Betrieb der Radargeräte, das ist die Wartung, das Laden der Batterien und das Umhängen der Geräte auf einen anderen Standort kostenfrei durchzuführen und sie würden dafür ganz gern 248 Euro im Monat von den Bezirken haben, wenn diese dieses Service weiter in Anspruch nehmen wollen.

Ich stelle daher, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e :

Sind Sie bereit im Sinne der Verkehrssicherheit, diese äußerst sinnvolle Anwendung der mobilen Geschwindigkeitsmessgeräte weiterhin zu unterstützen, indem Sie für eine Aufrechterhaltung der ursprünglichen Vereinbarung mit den Wirtschaftsbetrieben Sorge tragen, dass der Betrieb und die Aufstellung der Geräte weiterhin kostenfrei für die Bezirke durchgeführt werden kann und dass man bezüglich der Abwicklung der Reparaturfrage klären, einmal die Situation klären kann und dann auch sicher zu einer Einigung kommen kann?

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Bevor ich näher auf Ihre Anfrage eingehe, möchte ich zuerst schon etwas berichtigen. Es wurde den Bezirken nicht mitgeteilt, dass man von ihnen die 285 Euro haben möchte, es wurde in dem Schreiben so formuliert, dass den Bezirksämtern, also das heißt, das sind nicht die

Bezirksvertretungen, den Bezirksämtern eine Kosteninformation zugeht. Das heißt, das ist eine sehr anders gelagerte Sache, wenn das so formuliert ist. Aber der Reihe nach: Wie Sie es auch angesprochen haben, wurden diese mobilen Geschwindigkeitsmessgeräte in den Jahren 2001 und 2002 in den jeweiligen Bezirken von den Bezirksvertretungen, also von Bezirksräten, angekauft. Das Auf- und Umstellen und die Wartung der Geräte wird von den Wirtschaftsbetrieben durchgeführt. Es wurde den Wirtschaftsbetrieben auch vom EU-Referat in Aussicht gestellt, dass aus EU-Fördergeldern wir diese Leistungen abgegolten bekommen könnten. Mittlerweile ist aber dann das Programm Trendsetter beendet gewesen und es waren keine Mittel mehr verfügbar. Inzwischen sind von den 13 Geräten acht defekt. Man muss auch dazusagen, dass Geräte, die nicht mehr richtig funktionieren, ja auch sehr viel mehr an Wartung brauchen, also es gibt Geräte, die ohnehin nicht mehr in Betrieb sind, also das heißt, defekt sind sie in unterschiedlichem Ausmaß, es gibt welche, die sind nicht mehr in Betrieb, aber es gibt welche, bei denen müssen einfach täglich die Batterien gewechselt werden. Das heißt, das ist unterschiedlich, in welchem Zustand die sich befinden. Die Wirtschaftsbetriebe haben daher erhoben, mit welchen modernen Geräten diese Messungen effizient und kostengünstig durchgeführt werden könnten und in diesen Fällen eine Neuanschaffung empfohlen. Von einigen Bezirken wissen wir, inzwischen ist es bekannt, dass sie solche Neuanschaffungen beabsichtigen. Selbstverständlich ist der Kauf und die Reparatur dieser Geräte Angelegenheit des Bezirksrates, wenn auch die Wirtschaftsbetriebe anbieten da Hilfestellungen, wenn es gewünscht ist, anzubieten. Was die Wartung betrifft, und das habe ich vorher schon kurz erwähnt, so wurde in Absprache mit dem Präsidialamt die künftige Vorgangsweise festgelegt, das heißt, die Bezirksämter erhalten für die 14-tägige Umstellung sowie für Batteriewechsel und die Datenauswertung pro Gerät und Monat eine Kosteninformation mit einem Pauschalbetrag von 248 Euro. Herr Gemeinderat, ich kann Ihnen wirklich versichern, selbstverständlich entstehen den Bezirksräten, also den Bezirksvertretungen, keinerlei Kosten und selbstverständlich werden die Wirtschaftsbetriebe diesen Service auch weiterhin sehr gerne machen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Frau Stadträtin, vielen herzlichen Dank für diese Auskunft, das ist in dem Brief etwas missverständlich formuliert gewesen. Ich hätte eine Zusatzfrage noch. Den Bezirken oder einigen Bezirken war natürlich unklar jetzt, ob ein Gerät, das sie betrifft oder das in ihrem Bezirk in Verwendung stand, noch reparabel ist oder eben nicht mehr und sie an eine Neuanschaffung denken müssen, das ist in diesem Brief eben so pauschal gefasst formuliert worden, dass den Bezirken es nicht möglich war zu ersehen, rentiert sich bei uns noch eine Reparatur oder nur mehr eine Neuanschaffung.

StRin. **Monogioudis:** Ja, Herr Gemeinderat, erstens einmal glaube ich, dass, was Sie vorher gesagt haben, das missverstanden wurde, dass ist eher dort missverstanden, wo es gar kein Gerät gibt. Es ist so, dass die Bezirke ja mit den Beschäftigten der Wirtschaftsbetriebe den Kontakt haben und dort, wo es sowieso keine Auswertungen mehr gibt, da ist es komplett kaputt. Ansonsten gibt es natürlich die Möglichkeit, diesen Menschen der Wirtschaftsbetriebe auch näher zu befragen, also das heißt, dieser Kontakt funktioniert ja. Es ist nicht so, dass die Bezirke jetzt da dastehen und nicht wissen, was mit ihrem Gerät ist. Ich denke, nachdem das Schreiben auch an alle Bezirke als eine Aussendung gegangen ist, dass sich dann vielleicht auch Bezirke gemeldet haben und sich nicht ganz ausgekannt, die bis jetzt keines haben (*Applaus KPÖ*).